

In der reichen Schweiz wächst die Existenzangst

Die Schweiz gilt als Insel des Wohlstands. Doch ist das Leben in einem der reichsten Länder teurer denn je. Wegen der hohen Kosten – insbesondere für Gesundheit und Wohnen – gerät auch der Mittelstand zunehmend unter Druck.

THEODORA PETER

Ein finanziell sorgenfreies Leben führen. So stellen sich viele den Alltag in der reichen Schweiz vor – gehört doch der helvetische Lebensstandard zu den höchsten in Europa. Einzig in Luxemburg und Norwegen ist das verfügbare Einkommen noch höher.

Doch das Bild der Wohlstandsinsel trifft lediglich auf 20 Prozent der Haushalte zu. Sie verfügen über ein monatliches Bruttoeinkommen von mehr als 8508 Franken für eine alleinlebende Person oder mehr als 17867 Franken für eine vierköpfige Familie. Alle übrigen Haushalte müssen mit weniger Geld auskommen – die einkommenschwächsten 20 Prozent gar mit weniger als 3970 Franken für eine alleinlebende Person oder weniger als 8338 Franken für ein Paar mit zwei Kindern

unter 14 Jahren. Diese neusten Zahlen des Bundesamtes für Statistik beziehen sich auf das Jahr 2021. Zum Bruttoeinkommen gehören sämtliche Einkünfte eines Haushaltes: Lohn, Rente oder andere Geldzuflüsse.

Rund 60 Prozent der Wohnbevölkerung in der Schweiz lebt demnach von einem mittleren Einkommen. Doch auch in der Mittelschicht gibt es enorme Unterschiede zwischen oben und unten. Die Statistik zählt dazu alle Personen aus Haushalten, die zwischen 70 und 150 Prozent des sogenannten medianen Bruttoäquivalenzeinkommens erzielen. Oder in Franken ausgedrückt: Sowohl ein Single mit monatlich 8500 Franken wie auch eine Rentnerin mit knapp 4000 Franken Haushaltsbudget gehören zur mittleren Einkommensgruppe. Für die vierköpfige Fami-

lie liegt diese Bandbreite zwischen 8338 und 17867 Franken. Wohin das Geld einer Familie aus dem unteren Mittelstand fließt, illustriert das fiktive Beispiel der Familie Meier (siehe Kasten Seite 6).

Familien knapp bei Kasse

Insbesondere Eltern mit Kindern stehen unter einem wachsenden finanziellen Druck. Dies zeigt das Familienbarometer 2024 von Pro Familia Schweiz: In der neuesten Umfrage gaben 52 Prozent der Befragten an, ihr Einkommen reiche nur knapp oder gar nicht zum Leben. Ein Jahr zuvor hatte dieser Wert noch bei 47 Prozent gelegen. Sparen für schlechtere Zeiten oder für die freiwillige Altersvorsorge in der 3. Säule liegt für die

meisten kaum drin: Zwei Drittel der Befragten gaben zu Protokoll, gar kein Geld oder höchstens 500 Franken pro Monat zur Seite legen zu können. Für vier von zehn Familien sind die hohen Lebenshaltungskosten sogar ein Grund, auf weitere Kinder zu verzichten.

Rund die Hälfte der Befragten denkt über eine Erhöhung des Arbeitspensums eines oder beider Elternteile nach. Dies lohnt sich für viele aber nur dann, wenn die Kinder keine externe Betreuung benötigen. Denn die auch im Vergleich mit dem Ausland hohen Kosten für eine Kindertagesstätte fressen den Zusatzverdienst unter Umständen gleich wieder auf.

Auf das Portemonnaie der gesamten Bevölkerung drücken die explodierenden Krankenkassenprämien, steigende Mietzinse, höhere Energietarife und die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltungskosten. Den wachsenden Unmut der Menschen im Land spürt auch der eidgenössische Preisüberwacher Stefan Meierhans: In den letzten zwei Jahren verzeichnete seine Behörde eine Rekordzahl von Anfragen von besorgten Bürgerinnen und Bürgern. Im Jahr 2023 gingen 2775 Meldungen aus der Bevölkerung ein – darunter auch von Menschen, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Rechnungen zahlen sollen. «Die Furcht vor einer allgemeinen Prekarisierung hat zuge-

nommen», kommentierte Meierhans diese Entwicklung an seiner Jahresmedienkonferenz im Frühling.

Steigende Preise als neue Realität

Der Preisüberwacher soll die Bevölkerung vor zu hohen Preisen schützen, vor allem in Branchen, in denen kein Wettbewerb herrscht. Letztes Jahr intervenierte Meierhans zum Beispiel bei Tarifen im öffentlichen Verkehr (öV) – und erreichte, dass Inhaber eines 2.-Klasse-Generalabonnements (GA) weniger stark zur Kasse gebeten werden als von der öV-Branche gewollt. Statt stolzen

Den Leidensdruck der Bevölkerung spürt auch der Preisüberwacher. Er erhält stets mehr Meldungen besorgter Bürgerinnen und Bürger.



Cartoon: Max Spring

4080 kostet das GA künftig «nur» 3995 Franken, 135 Franken mehr als bisher. Insgesamt steigen die öV-Preise trotzdem um rund vier Prozent. Gegen begründbare Preisaufschläge – etwa, weil der Strom teurer wird oder Investitionen nötig sind – kann auch «Monsieur Prix» nichts ausrichten: «Wir müssen uns an die neue Realität steigender Preise gewöhnen.» Meierhans will dieses Jahr ein Auge darauf halten, dass die höhere Mehrwertsteuer nicht übermässig auf die Konsumierenden überwältigt wird. Dazu lädt er für Mitte Jahr zu einem Kaufkraftgipfel ein, an dem auch Akteure aus der Wirtschaft teilnehmen sollen. Bei den Gesundheitskosten – dem grössten Sorgenkind der Schweizerinnen und

Die hohen Gesundheitskosten sind die grösste Sorge der Schweizer Bevölkerung. Seit 20 Jahren haben sich die Krankenkassenprämien mehr als verdoppelt.

Schweizer – sieht der Preisüberwacher Potenzial für Preissenkungen – beispielsweise bei Medikamenten oder bei Spital- und Labortarifen. Doch die Ausgaben für den Gesundheitssektor wachsen jährlich um rund drei Pro-

zent. Grund dafür ist, dass die Bevölkerung älter wird sowie alle häufiger zum Arzt gehen. Als Folge haben sich die Krankenkassenprämien in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt. Eine vierköpfige Familie zahlt heute für die Grundversicherung bis zu 1250 Franken pro Monat.

Die Krankenversicherung ist auch in der Politik ein Dauerthema. Die verschiedenen Akteure konnten sich bislang nicht auf Reformen einigen, die zu tieferen Gesundheitskosten führen. Eine Entlastung erhofft sich das Parlament von einem neuen Finanzierungsmodell, das mehr Anreize für ambulante Behandlungen ohne teuren Spitalaufenthalt schafft. Parallel dazu propagieren die politischen Parteien

Blick ins Portemonnaie einer Mittelstandsfamilie

Die vierköpfige Familie Meier lebt in einer grösseren Schweizer Stadt. Beide Eltern arbeiten Teilzeit und erzielen zusammen ein Nettoeinkommen von 9000 Franken pro Monat.

Den grössten Posten im Haushaltsbudget macht das Wohnen aus: Für die Miete der Vier-Zimmer-Wohnung zahlen Meiers monatlich 2200 Franken inklusive Nebenkosten. Dazu kommt die Rechnung für Strom und Gas von 150 Franken. Die Prämien für die Krankenkasse und weitere Versicherungen belaufen sich auf 1300 Franken. Für die Steuern müssen Meiers pro Monat rund 1000 Franken zur Seite legen.

1200 Franken kosten die Einkäufe für Nahrungsmittel und Haushaltartikel. Internetanschluss, Mobiltelefone, TV- und Radiogeühren schlagen mit 250 Franken zu Buche. Für Kleider, Schuhe, Coiffeur und Freizeitaktivitäten sind pro Monat im Schnitt rund 1000 Franken reserviert. Darin nicht inbegriffen sind die Musikstunden für den achtjährigen Sohn und die zehnjährige Tochter. Kostenpunkt: 250 Franken pro Monat.

Die Eltern arbeiten zu 80 und 60 Prozent. An drei Wochentagen kümmert



Cartoon: Max Spring

sich abwechselnd ein Elternteil um die Familienarbeit und kocht mittags für die Kinder. Zwei Wochentage verbringt der Nachwuchs in der Tagesschule, was monatlich 800 Franken kostet. Früher – als die Kinder noch nicht zur Schule gingen – zahlten die Eltern mehr

als doppelt so viel für die externe Betreuung in einer Kindertagesstätte.

Meiers haben kein Auto. Für die Abonnemente im öffentlichen Verkehr, die gelegentliche Nutzung von Car-Sharing und die Kosten für ihre Velos rechnen sie monatlich mit 750 Franken.

Für Rückstellungen und Unvorhergesehenes sind 600 Franken reserviert. Dazu gehören insbesondere Ausgaben, die von der Grundversicherung der Krankenkasse nicht gedeckt werden: Nebst Franchise und Selbstbehalt gehen Termine beim Optiker oder bei der Zahnärztin rasch ins Geld. Eine Zahnsperre für Kinder kostet mehrere Tausend Franken.

All diese Budgetposten summieren sich zu potenziellen Ausgaben von 8500 Franken pro Monat. Der Mittelstandsfamilie Meier verbleiben somit 500 Franken für Ferien und das Sparen fürs Alter. Bei Familien mit tieferem Einkommen fällt dieser finanzielle Spielraum oft ganz weg. (TP)

eigene Rezepte: Am 9. Juni kommen zwei unterschiedliche Volksinitiativen zur Abstimmung. Während die Mitte-Partei eine Kostenbremse installieren will, fordert die SP mehr staatliche Mittel für Prämienverbilligungen (mehr dazu im Zusatztext rechts).

Bezahlbare Wohnungen sind rar

Ein weiterer grosser Brocken im Haushaltbudget ist die Wohnungsmiete. Anders als in vielen Ländern kann sich in der Schweiz nur eine Minderheit eigene vier Wände leisten: 58 Prozent der Bevölkerung lebt in Mietwohnungen. Auf dem ausgetrockneten Wohnungsmarkt wird es aber immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. In den letzten 15 Jahren sind die durchschnittlichen Angebotspreise um 20 Prozent gestiegen. In grossen Städten wie Zürich und Genf sind Inserate mit Mieten von weit über 3000 Franken pro Monat inzwischen keine Seltenheit mehr. Der Mieterinnen- und Mieterverband sieht die Verantwortung dafür in der «Profitgier» der Immobilienbranche nach hohen Renditen. Linke Forderungen nach einer staatlichen Mietpreiskontrolle sind jedoch bisher gescheitert. Der Bundesrat zeigte sich jüngst bereit, die Regeln der Mietpreisgestaltung zumindest unter die Lupe zu zeigen.

Weniger stark ins Gewicht fallen die Kosten fürs Essen. 2021 gab der Schweizer Durchschnittshaushalt 6,8 Prozent für Nahrungsmittel aus. In vielen europäischen Ländern ist dieser Anteil fast doppelt so hoch, in Rumänien liegt er gar bei mehr als 28 Prozent. Trotzdem spürt auch die Bevölkerung in der Schweiz, dass der Wocheneinkauf im Supermarkt, die Tasse Kaffee im Restaurant oder die Briefmarke bei der Post teurer geworden sind. Höhere Preise im Alltag werden stärker wahrgenommen und drücken erst recht auf die Stimmung. Damit bröckelt auch die Gewissheit vom vermeintlich stabilen Wohlstand in der Schweiz.

Zwei Volksinitiativen gegen hohe Gesundheitskosten

Am 9. Juni entscheiden die Stimmberechtigten in der Schweiz über zwei Volksinitiativen, die das Problem der hohen Gesundheitskosten auf unterschiedliche Art anpacken wollen: Die Prämien-Entlastungs-Initiative der SP sowie die Kostenbremse-Initiative der Mitte.

1. Mehr staatliche Prämienverbilligungen

Die SP-Initiative «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien» verlangt eine Deckelung der Prämien. Die Versicherten sollen demnach höchstens zehn Prozent des verfügbaren Einkommens für die Krankenkassen zahlen müssen. Den Restbetrag müsste der Staat finanzieren. Das System der Prämienverbilligungen existiert bereits heute in den Kantonen, wird aber dort höchst unterschiedlich angewendet und genügt aus Sicht der Initianten nicht. Sie fordern, dass nebst den tiefen Einkommen auch der Mittelstand von einer Prämienentlastung profitiert. So könnte eine vierköpfige Familie bis zu mehrere Hundert Franken pro Monat einsparen.

Den bürgerlichen Parteien geht die linke Forderung zu weit. Mit einer solchen «Pflasterlipolitik» bekämpfe man nur Symptome statt Ursachen, argumentieren die Gegner. Ihr wichtigstes Argument sind jedoch die hohen Kostenfolgen von jährlich rund 4,2 Milliarden Franken. Dennoch hat das Parlament beschlossen, dass die Kantone mehr Geld für die Prämienverbilligungen einsetzen sollen – dies aber in deutlich geringerem Umfang als die Initianten verlangten. Dieser indirekte Gegenvorschlag wird umgesetzt, sofern die Initiative vom Stimmvolk abgelehnt wird.

Link zur Initiative: bezahlbare-praemien.ch

2. Sparzwang durch Kostenbremse

Ein anderes Rezept schlägt die Mitte-Partei mit der Initiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen» vor. Sie verlangt, dass Bund und Kantone eingreifen müssen, wenn die Gesundheitskosten stärker ansteigen als die Löhne. Damit erhofft sich die Partei mehr Druck zu Kostensenkungen bei der obligatorischen Krankenversicherung. Sparpotenzial sehen die Initianten zum Beispiel bei den im Vergleich zum Ausland nach wie vor hohen Medikamentenpreisen. Auch solle es noch mehr Anreize geben für ambulante Eingriffe, die weniger kosten als ein Spitalaufenthalt.

Die Gegner – unter ihnen die Ärzteverbände – warnen vor «schädlichen Nebenwirkungen» einer solchen Kostenbremse. Sie könnte im schlimmsten Fall zu langen Wartelisten und einer «Zwei-Klassen-Medizin» führen, so das Argument. Auch Bundesrat und Parlament lehnen den Vorschlag als zu rigide ab, haben jedoch wie bei der SP-Prämieninitiative einen indirekten Gegenvorschlag erarbeitet. Demnach soll die Regierung jeweils für vier Jahre Kosten- und Qualitätsziele festlegen. Berücksichtigt würden dabei auch Faktoren wie die Alterung der Gesellschaft sowie medizinisch-technische Fortschritte. Damit soll auch transparenter werden, welche Kosten medizinisch gerechtfertigt sind.

Link zur Initiative: die-mitte.ch/kostenbremse-initiative

